

Deshalb bemühen wir uns, die Felder gemeinsamen Interesses zu erweitern, die Zusammenarbeit zwischen West und Ost - wo immer es geht - zu verstärken, ohne dabei prinzipielle Unterschiede oder globale Rivalitäten auflösen zu wollen.

Die Mühe lohnt sich: Gewiss, die Unterschiede der Systeme existieren weiter, Konflikte existieren weiter; aber wer die heutige europäische Wirklichkeit mit der Situation der sechziger Jahre vergleicht, wird vermutlich zustimmen, wenn ich sage: Wir haben es hier mit einem fundamentalen Wandel zu tun.

Nur wenn wir diese Politik weiter konsequent verfolgen, bewahren wir uns die Chance, Europa und die Welt zu einer dauerhaften Friedensordnung voranzubewegen, und das heisst auch: das Wettrüsten zu beenden.

Wir haben allen Grund, uns auf die Elemente einer insgesamt durchaus erfolgreichen Entspannungspolitik zu besinnen: Mancher von uns wird in den zurückliegenden Wochen und Monaten mehr als einmal Sorge verspürt haben über unnötige Belastungen des Dialogs zwischen Ost und West.

Die Politik des Abbaus von Spannungen befindet sich zweifellos in einer Phase der Bewährung. Sie bedarf neuer Impulse. An Ansatzpunkten fehlt es glücklicherweise nicht.

Vor knapp sechs Wochen ist das erste Nachfolgetreffen der "Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit" in der jugoslawischen Hauptstadt abgeschlossen worden. "Belgrad" war sicherlich kein strahlender Erfolg. Manche durchaus realistische Erwartungen sind nicht erfüllt worden. Aber zur Resignation besteht kein Anlass:

Die Verabschiedung der Schlussakte von Helsinki im Sommer 1975 war ein Meilenstein in der europäischen Nachkriegsgeschichte. Ereignisse dieser Tragweite kann es nicht alle paar Jahre geben. Ich empfinde das Nachfolgetreffen selbst und die Einigung auf ein kurzes und ehrliches Kommuniqué als einen weiteren Beitrag zur Sicherheit und Zusammenarbeit in unserem Teil der Welt.

In Europa, wo wir die Realität des Ost-West-Konfliktes nur allzu gut kennen, sind viele von uns davon ausgegangen, dass Entspannung etwas anderes ist als die Aufhebung ideologischer Gegensätze. Wir beobachten nun mit Sorge, dass die ideologischen Kontroversen verhindern könnten, weitere Fortschritte im Interesse der Menschen in Europa zu erzielen.

In den vor uns liegenden Monaten sollten wir uns - wo immer wir Regierungsverantwortung tragen oder auf unsere Regierungen einwirken können - darum bemühen, bei bilateralen und multilateralen Begegnungen darüber nachzudenken, wie das für 1980 vorgesehene zweite KSZE-Folgetreffen noch besser vorbereitet werden kann. Es wird sich zeigen, dass die Vorbereitungen für Madrid 1980 von den Diskussionen in Belgrad 1978 durchaus profitieren könnten.